Thema: Freie Schulwahl

Der Geldbeutel darf nicht entscheiden

Schulbezirksgrenzen: "Kurze Wege - für kurze Beine" Klare Position der CDU Bonn notwendig

"Jetzt steht es fest: Die Landes-CDU will die Schulbezirksgrenzen abschaffen, das erklärten am 1.9.2005 im Landtag von NRW der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion und der schulpolitische Sprecher. Wir erwarten von der Bonner CDU, dass sie sich gegen die Auflösung der Schulbezirksgrenzen positioniert, da diese nur Nachteile hat", erklärt Gieslint Grenz, schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Denn auch heute kann bereits auf begründeten Antrag hin eine Grundschule außerhalb der festgelegten Schulgrenzen besucht werden, wenn zum Beispiel die Eltern darauf angewiesen sind ihre Kinder in der Nähe ihres Arbeitsplatzes unterzubringen. Hier versucht das Bonner Schulamt möglichst unbürokratisch in umliegenden Schulen Plätze zu finden, falls die gewünschte Schule überfüllt ist. Im Bedarfsfall wird also heute schon von der Regelung der Schulbezirke abgewichen.

Mit der generellen Auflösung der Grenzen werden Eltern, die es sich leisten können, ihre Kinder in 'reiche' Stadtteile fahren. Ein bisher nicht gekannter Schultourismus wird einsetzen. In Stadtteilen, in denen vor allem sozial benachteiligte Menschen leben, wird das Ergebnis sein, dass der bisherige gemeinsame Schulbesuch von Kindern aus allen sozialen Schichten nicht mehr stattfinden wird.

Zurzeit diskutieren wir in Bonner Ratsgremien den Schulentwicklungsplan für die Grundschulen, um u. a. vernünftige Grundlagen für Um- und Anbauten für städtische Bau- und Sanierungstätigkeiten zu haben. Wenn die Schulbezirke aufgehoben werden ist eine Schulentwicklungsplanung im Interesse aller Schülerinnen und Schüler nicht mehr wohnortnah möglich. Dies sieht auch das Präsidium des Deutschen Städte- und Gemeindebundes NRW so.

Auch Bonner Eltern und Grundschulen äußern Bedenken bezüglich des Vorhabens der Landesregierung, die Schulbezirksgrenzen aufheben zu wollen. Das wurde in Gesprächen mit der Bonner schulpolitischen Sprecherin der SPD, Gieslint Grenz, deutlich.

Nicht zuletzt die Aussage der Schulministerin, durch den Wettbewerb und das Elternvotum für bestimmte Grundschulen erleichtere man den Schulträgern und der Schulaufsicht die Entscheidung darüber, welche Schule erhaltenswert sei, hat zu großer Verunsicherung geführt. Die SPD wird alles daran setzen, Schulschließungen in Bonn zu verhindern. „Wir wollen keine Unruhe an unseren Grundschulen und keinen Schultourismus mit der Folge, dass sich künftig Fünfjährige bei Wind und Wetter in den Morgenstunden in ohnehin überfüllte Busse und Bahnen quetschen müssen“, erklärt Gieslint Grenz.

Über Wettbewerb, den oftmals die Eltern und die Kinder an der Schule nicht beeinflussen können, werden so wohnortnahe Standorte der Grundschulen gefährdet“, führt Renate Hendricks aus.

Vieles, wenn nicht gar Alles, spricht für die wohnortnahe Schulversorgung. Kinder und Schule sind im sozialen Umfeld eingebunden, der Ortscharakter schafft Identifikation mit der Schule und dem Umfeld. "Dass die FDP diese Risiken nicht anerkennen will ist uns bekannt.

Wir fordern aber die Schulpolitiker der Bonner CDU auf, sich für den Erhalt der Schulbezirksgrenzen einzusetzen. Letztendlich haben auch sie stets "die kurzen Wege für kurze Beine" gefordert. Wir können nicht akzeptieren, dass auf Landesebene ideologisch geprägte Schulpolitik mit allen Mitteln durchgesetzt wird – auch vom Bonner CDU-Abgeordneten Helmut Stahl und in Bonn und anderen Kommunen dadurch Schulen für

Arme und Reiche entstehen", so die beiden Sozialdemokratinnen. Der Wunsch, dass Kinder aus benachteiligten Familien in den Villenvierteln zur Schule gehen werden, wird nach allen Erfahrungen aus den USA so nicht funktionieren.

Wilfried Klein, Vorsitzender der SPD-Fraktion ergänzt: "Die Bonner CDU hat einmal durchaus richtig festgestellt: "Unsere Kinder brauchen wohnortnahe Grundschulen. Der Besuch der Grundschule darf die Kinder nicht aus ihrem gewohnten Umfeld herausreißen." Daran werden wir sie erinnern.

„Kurze Beine, kurze Wege“ lautete einst der Slogan der CDU. Davon will sie nun nichts mehr wissen und singt das hohe Lied der Liberalität. Im Bemühen, den Koalitionspartner FDP nicht schon nach wenigen Wochen zu verärgern, wirft sie eigene Bedenken gegen die Aufhebung der Schulbezirksgrenzen über Bord. Gerade einmal vier Jahre sind vergangen, da nannte die CDU den Antrag der FDP, die freie Wahl des Grundschulortes zu ermöglichen, wörtlich „ärgerlich und widerlich“.

In keinem anderen Land hängen die Bildungschancen der Kinder von ihrer sozialen Herkunft so stark ab wie in Deutschland. Wer nun die freie Grundschulwahl verlangt, verschärft diesen Zusammenhang nochmals, wenn er wie von der NRW-Regierung beabsichtigt, die Fahrtkosten zu einer weiter entfernt gelegenen Grundschule auf die Eltern abwälzen will. „Wer kann es sich also wieder leisten?“, fragt Hendricks und liefert die Antwort mit: „Die mit besser gefülltem Geldbeutel.“ Den Widerspruch, „soviel falle dafür doch nicht an“, bezeichnet Hendricks als „ignorant“. Für viele seien auch einige Euro im Monat eine Menge Geld.

Es wird Grundschulen für Arme und Reiche, Grundschulen mit und solche ohne Migranten und damit Gettos geben – es sei denn, die CDU kommt noch zur Vernunft und folgt ihrem eigenen Generationenminister, der bereits erhebliche Bedenken gegen die Aufhebung der Grenzen angemeldet hat, von der Parteiführung, namentlich von dem Bonner CDU Abgeordneten Helmut Stahl, offensichtlich zurückgepfiffen worden ist.

Nach Ansicht Hendricks sind die Pläne der Landesregierung reiner Populismus. Schon jetzt besitzen Eltern die Möglichkeit, in begründeten Ausnahmefällen vom Standortprinzip abzuweichen. „Hier wird eine Freiheit suggeriert, die nichts als Nachteile bringt“, sagt die Sozialdemokratin.

Im Übrigen sind auch Nordrhein-Westfalens und damit auch Bonns Grundschulen viel besser als ihr Ruf, wie wissenschaftliche Studien bewiesen haben. Dass sie noch besser werden können, steht auf einem anderen Blatt. Verbesserungen aber erreicht man nicht durch kosmetische Eingriffe und die Veränderung von Schülerströmen, sondern durch guten Unterricht, gute Schulleitungen, gutes Schulklima und eine ausreichende Rückmeldung der Eltern an die Schule, die auch ernst genommen wird. Dazu ist aber kein Kundenverhalten, sondern ein partnerschaftliches Verhältnis von Schulen und Eltern erforderlich. Abwanderungen von Eltern und Schüler sind viel teurer, als die richtigen Mechanismen für die Beteiligung der Eltern. Grenz: „Dazu benötigen wir noch besser ausgebildete Pädagogen. Die Landesregierung kann nun beweisen, dass sie es ernst meint mit ihrer lauthals formulierten Forderung, mehr in Lehreraus- und –fortbildung zu investieren. Gehört haben wir dazu noch kein Wort.“

Ansprechpartnerinnen: **Renate Hendricks**, MdL, Mitglied im Schulausschuss der Stadt Bonn, Landtagsbüro: 0211- 884 2846 , e-mail: Renate.Hendricks@landtag.nrw.de
Gieslint Grenz, schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, Tel.: 34 19 91, e-mail: Grenz-bonn@t-online.de